

## Gipsabbau im Südharz

# „Zusagen sollten auch eingehalten werden“

Politik kritisiert Pläne im LROP, den Gipsabbau auszuweiten.

Von Michael Paetzold

**Osterode.** Massive Kritik von Umweltverbänden und Vorwürfe der Lobbyarbeit begleiten die Planungen im Landes-Raumordnungsprogramm (LROP) zur Ausweitung des Gipsabbaus im Südharz. Jetzt haben auch Stadt und der Rat in Osterode deutliche Worte gegen die Ausweisung neuer Abbauflächen mit einem Umfang von 15 Hektar im Bereich der Osteroder Gipsklippen gefunden. Der Stadtrat verabschiedete die entsprechende Stellungnahme der Verwaltung mit einhelligem Votum zum LROP.

In der Begründung der Stadt heißt es, dass man sich der Bedeutung der Gipsindustrie für die lokale Wirtschaftsstruktur bewusst sei, die jahrzehntelange Belastung aus Sicht der Kommune aber perspektivisch ein konkretes Ausstiegsszenario für den siedlungsnahen Abbau des Gipses verlange. „Des Weiteren soll es Teil einer progressiven Umweltpolitik des Landes sein, die bereits heute möglichen Alternativen beim Rohstoffrecycling deutlich stärker zu forcieren.“

## Nicht der richtige Weg

„Ich begrüße die in ihrer Stellungnahme vorgebrachte Position der Stadt Osterode. Eine grundlegende Neuaufsetzung der Gebietserweiterung im Bereich der Gipsklippen würde zu weiteren Belastungen für die Anwohner führen und hätte negative Auswirkungen auf das Stadtbild“, gibt der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Roy Kühne, Wahlkreis Goslar-Northeim-Osterode, Schützenhilfe. Insbesondere ein Eingreifen in besonders geschützte Gebiete könne nicht der richtige Weg sein, wenn man in der heutigen Zeit immer wieder über den Erhalt schützenswerter Natur und den Artenschutz rede. Auch die Sorgen der Anwohner müssten bei diesem stadtnahen Gipsabbau ernst genommen werden. „Aus diesem Grund befürworte ich die perspektivische Erarbeitung eines konkreten Ausstiegsszenarios und stimme mit der Ansicht von Rat und Verwal-

lung überein. Außerdem erwarte ich von der Landesregierung, dass sie sich an geltende Verträge und Absprachen mit Umweltverbänden hält.“

Deutliche Worte findet auch MdL Karl Heinz Hausmann (SPD) aus Osterode: „Es hat in der Vergangenheit mehrere Kompromisse zum Gipsabbau im Südharz gegeben. Auch beim letzten Kompromiss 2002 wurden die Vorranggebiete für den Gipsabbau nochmals erweitert. Diesem Kompromiss haben damals auch die Umweltverbände Nabu und BUND zugestimmt. Bei diesem Kompromiss gab es die Zusage, dass es keine weitere Ausweitung mehr geben soll. Zusagen sollten auch eingehalten werden.“

Mit den noch zur Verfügung stehenden Vorranggebieten sei der Gipsabbau auch heute noch für Jahrzehnte gesichert. Hausmann: „Ich sehe daher auch im Interesse des Naturschutzes keine Notwendigkeit, weitere Abbaugelände auszuweisen. Bei der Erstellung des Entwurfes des LROP wurden weder der Landkreis Göttingen noch ich als örtlicher Landtagsabgeordneter beteiligt. Nach Rücksprache mit Umweltminister Olaf Lies (SPD) wurde mir zugesagt, dass die im Beteiligungsverfahren eingebrachten Einwände Berücksichtigung finden werden. Der Landkreis Göttingen und die Stadt Osterode haben in den zuständigen Gremien über ihre Stellungnahmen zum LROP beraten, und ich werde mich dafür einsetzen, dass Vorschläge dann auch 1 zu 1 im LROP umgesetzt werden. Für mich ist der schonende Umgang mit der Ressource Gips ein hohes Gut und sollte nicht dem unbegrenzten Abbau geopfert werden.“

## „Pläne sind ein Unding“

„Die Pläne der Landesregierung sind ein Unding. Die im Landesraumordnungsprogramm geplante Erweiterung der Vorranggebiete Rohstoffgewinnung der Rohstoffart Gips um 40 Hektar löst einen Konflikt aus, den der Ministerpräsident in seiner Tragweite nicht überblickt. Damit werden alte Kompromisse

hinterrücks aufgekündigt. Es wird weder der Dialog noch das Gespräch gesucht“, kritisiert MdL Stefan Wenzel (Grüne) aus Göttingen und bezieht sich auf die heiß diskutierte Abbauplanung der Firma Saint-Gobain Formula aus Walkenried im Südharz, die zahlreiche Steinbrüche in der Region betreibt.

„Der Hauptgeschäftsführer der Unternehmensverbände Niedersachsen e.V. und die Firma Saint-Gobain Formula hoffen offenbar, dass man solch eine schädliche Maßnahme im Windschatten einer großen Koalition durchsetzen kann.“ Das Gipskarstgebiet im Südharz sei in naturschutzfachlicher Sicht einzigartig. Das gelte auch im weltweiten Vergleich. Wenzel: „Aber auch unter dem Gesichtspunkt der Arbeitsplatzsicherung ist das Vorhaben falsch. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, um die Firmen auf vorhandene und verfügbare Ersatzstoffe umzustellen. Wer das nicht tut wird erleben, dass die Firmen samt Arbeitsplätzen verschwinden wenn alles ausgebeutet ist. Nur die Altlasten wird man der Region überlassen.“

Der FDP-Bundestagsabgeordnete Konstantin Kuhle (Wahlkreis 53 Göttingen) wird in der nächsten Woche den Südharz besuchen und sich ein Bild von der Situation vor Ort machen. Vorher wollte er sich mit einer Stellungnahme zurückhalten. Und auch der CDU-Landtagsabgeordnete Thomas Ehbrecht (Wahlkreis 15 Duderstadt) wird sich erst in der nächsten Woche zum Gipsabbau im Südharz äußern. Heute will er mit dem Niedersächsischer Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Bernd Althusmann (CDU), sprechen.

Der Abgeordnete der Grünen im Göttinger Kreistag und Mitglied im Stadtrat Osterode, Raymond Rordorf, hatte während der Sitzung des Rates eindringlich um den Beistand der regionalen Politik geworben, um im Sinne der Umweltverbände sowie der Kommune noch Einfluss auf die im Entwurf des LROP skizzierten Abbaupläne zur Gipsgewinnung im Südharz zu nehmen.



Gipsabbau im Südharz.

FOTO: STEPHAN ROEHL / BUND

## Argumente der Industrie: Naturgips als Wirtschaftsfaktor und unverzichtbarer Rohstoff

Über die Zahl der Arbeitsplätze in der regionalen Gipsindustrie finden sich sehr unterschiedliche Angaben. Gutachten sehen Alternativen zum Abbau.

Von Martin Baumgartner

**Bad Sachsa.** Die Gipsindustrie betont ihre wirtschaftliche Bedeutung für die „strukturschwache Region“ im Südharz und auch die zwingende Notwendigkeit, weiterhin Naturgips abzubauen. Für die Menschen in dieser Region dürfte die Zahl der Arbeitsplätze ein wichtiger Indikator für die Bedeutung des Wirtschaftszweiges sein. Über die Zahl der Arbeitsplätze in der Harzer Gipsindustrie findet man im Internet jedoch extrem unterschiedliche Angaben.

Der Spitzenverband der Niedersächsischen Wirtschaft, der Verein Unternehmerverbände Niedersachsen, beziffert die Arbeitsplätze im Zusammenhang mit dem Gipsabbau in einer aktuellen Pressemitteilung vom Februar 2021 „allein im Harz“ auf etwa 700, ohne aber die Zahl nach Bundesländern aufzuschlüsseln. Zum Vergleich dieser Größenordnung: Die Piller-Gruppe in Osterode hat allein rund 650 Mitarbeiter, Smurfit Kappa in Herzberg allein 570, Harz Guss Zorge etwa 500. Das Gastgewerbe beschäftigt im Landkreis Göttingen nach Angaben der Arbeitsagentur rund 7.500 Menschen.

## Arbeitsplätze: Veröffentlichte Zahlen deuten eher auf Rückgang hin

Das Niedersächsische Wirtschaftsministerium hatte vor knapp sieben Jahren, im April 2014, noch von „etwa 750 Mitarbeitern, überwiegend in der strukturschwachen Region Südniedersachsen“ gesprochen, die in der Gipsindustrie tätig sind. Dies geht aus einer Antwort auf die Anfrage des FDP-Abgeordneten Dr. Gero Hocker zur Bedeutung des Gipsabbaus für die Region Harz hervor.

Auf eine exorbitant höhere Zahl kam dagegen das Beratungsunternehmen DIW Econ im selben Jahr. Dieses ermittelte in einer Studie im Auftrag des Bundesverbands der Gipsindustrie, dass allein die drei Standorte der Unternehmen Casea GmbH (Ellrich), Knauf Deutsche Gipswerke KG (Rottleberode) und Saint-Gobain Formula GmbH (Walkenried), „im Jahr 2014 im Südharz für (...) mehr als 1.300 Arbeitsplätze gesorgt haben.“

Laut einer eigenen Präsentation der Firma Casea, einem der gipsabbauenden Unternehmen, mit dem Titel „Naturgips im Südharz“, gab es bei vier dort genannten Südharzer Unternehmen Casea, Knauf, Formula und Kohnstein Bergwerks GmbH im Jahr 2015 insgesamt 333 Mitarbeiter: 60 im Casea-Werk in Ellrich (Thüringen), 150 bei Knauf in Rottleberode (Sachsen-Anhalt), und 114 bei Formula in Niedersachsen und Thüringen. Zusammen mit

sogenannten „indirekten Arbeitsplätzen“ in einer nur geschätzten Größenordnung von 666 wird als Gesamtsumme 1.000 genannt.

Insgesamt betrachtet sprechen die veröffentlichten Zahlen eher für einen Rückgang der Arbeitsplätze in der Harzer Gipsindustrie in den vergangenen fünf Jahren. Die DIW Econ kam in einer aktualisierten Fassung ihrer Untersuchung von September 2019 zu einem ganz anderen Ergebnis. Demnach sei „die wirtschaftliche Bedeutung der Gipsindustrie im Südharz ist in den letzten vier Jahren erheblich gestiegen“ und die Zahl der Beschäftigten angeblich „um 23 Prozent auf 1.647“ angestiegen.

## Industrie bezeichnet Abbau von Naturgips als unverzichtbar

Von Seiten der Industrie wird regelmäßig darauf verwiesen, dass der weitere Abbau von Naturgips im Südharz unverzichtbar sei und zukünftig sogar noch ausgeweitet werden muss. Begründet wird dies zum einen mit einem allgemein großen und wachsenden Bedarf an Gips, zum anderen mit dem Wegfall von sogenanntem REA-Gips, einem Gips, der in Rauchgasentschwefelungsanlagen gewonnen wird. Vor dem Hintergrund des geplanten Kohlestromausstiegs bis 2038 stehe diese Quelle zukünftig nicht mehr zur Verfügung.

In einer gemeinsamen Pressemitteilung des Bundesverbands der Gipsindustrie und des Verbands für Dämmsysteme, Putz und Mörtel vom Dezember 2020 mit der Überschrift „Rohstoffversorgung mit Gips muss schon jetzt gesichert werden!“ wird berichtet, dass „der Gipsbedarf pro Jahr mit steigender Tendenz bei rund 10 Mio. Tonnen“ liege. „Etwa die Hälfte der benötigten Gipsmenge entstammt dem Prozess der Rauchgasentschwefelung von Kohlekraftwerken als sogenannter REA-Gips.“

Bei der restlichen Menge handelt es sich im Wesentlichen um Naturgips/-anhydrit, der im Tagebau oder untertägigem Abbau gewonnen wird. „Nach Wegfall der Kohleverstromung müsse „mehr als die Hälfte des Bedarfs muss also nach und nach aus anderen Quellen gedeckt werden.“ Die entstehende Versorgungslücke könne „zum weit überwiegenden Teil nur durch die erhöhte Gewinnung von Naturgips/-anhydrit geschlossen werden.“

Der Hauptgeschäftsführer der Unternehmensverbände Niedersachsen, Dr. Volker Müller, sieht den Naturschutz als massiven Störfaktor für die Industrie und klagt in der erwähnten aktuellen Pressemitteilung vom Februar 2021 sogar: „Gips ist ein wichtiger Rohstoff für den Bau. Genehmigungen dafür

sind immer schwieriger zu bekommen wegen der Umzingelung der Abbaugelände durch neu ausgewiesene Naturschutzgebiete.“

## Recycling: Gutachten sehen Alternativen zum Abbau

An der angeblichen Unerstetzlichkeit von Naturgips gibt es jedoch erhebliche Zweifel. In einem aktuellen Gutachten zur „Anwendung von Phosphorgips als Ersatz für den zukünftigen Entfall von REA-Gips und Naturgips“ vom Januar dieses Jahres im Auftrag der Thüringer Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen berichten die Autoren, dass der durch den Ausstieg aus der Kohleverstromung entfallende REA-Gips durch aufbereiteten Phosphorgips ersetzt werden kann. Sie stellen in ihrer Untersuchung fest, „dass Phosphorgips als Ersatzstoff für den Einsatz in deutschen Gipswerken für Bauprodukte dienen und somit einen wertvollen Beitrag zur Ressourcenschonung leisten kann.“

Phosphorgips entsteht in großen Mengen bei der Herstellung von mineralischen Phosphatdüngemitteln aus dem Rohstoff Phosphat. Weltweit werden demnach jährlich schätzungsweise 100 bis 280 Mio. Tonnen Phosphorgips produziert. Dieser werde meist unbehandelt durch die Deponierung auf großen Halden entsorgt. Das nachhaltige Recycling des Phosphorgipses würde also auch einen Beitrag zum Umweltschutz leisten. In einigen Ländern, etwa Belgien, China und Indien, werde dieser Gips bereits im Bauwesen verwendet.

Der BUND hat ein Gutachten zum Ausstieg aus dem Naturgipsabbau bis 2045 vorgelegt. Demnach werden in Deutschland bisher weniger als ein Prozent der Gipsprodukte recycelt, der überwiegende Teil landet als Sondermüll auf der Deponie. Naturgips könne durch Gipsrecycling und Chemiegipse nahezu vollständig ersetzt werden.

„Wir brauchen dringend strengere Regelungen für das Recycling von Chemiegipsen und Gipsprodukten“, fordert der BUND-Vorsitzende Olaf Bandt. „Die Bundesregierung muss sich für ein Kreislaufwirtschaftsgesetz starkmachen, das den Ressourcenverbrauch deutlich reduziert und unsere Naturgipsvorräte schützt.“

Parallel dazu müssen laut BUND-Gutachten alternative Baustoffe wie Lehm oder Holz gefördert werden, um den Gipsverbrauch generell zu reduzieren.

Von den vier Millionen Tonnen Naturgips, die in Deutschland jährlich abgebaut werden, die Hälfte davon im Südharz, würde zudem mehr als eine Million Tonnen pro Jahr exportiert.

## LESERBRIEFE

### Ein zweiter Röseberg droht im Höll- und Sachsenstein bei Walkenried

#### Zum Thema „Gipsabbau“:

Vor einigen Jahren mussten wir in Walkenried erleben, wie in einer Nacht-und-Nebel-Aktion die damaligen Kreistags in Osterode der Röseberg zum Abschuss durch die Gipsindustrie freigegeben wurde. Das deprimierende Resultat kann sich jeder betrachten, der seinen Blick auf die zerwühlte und zerstörte Landschaft rund um den Kutschweg richtet. Nun droht neues Ungemach. Harmlos klingende, von den Gips-Lobbyisten den Ministerialbeamten im fernen Hannover, die die Zerstörungen ja nicht mit ansehen müssen, in die Feder diktierte Formulierungen im neuen Landesraumordnungsprogramm erlauben den ungenierten Zugriff auf vermeintlich durch deutsches und europäisches Recht geschützte Naturschutzgebiete. Kein Zweifel: Die Gipsindustrie startet den Frontalangriff auf die Schönheiten des Höllsteins, des Sachsensteins und des Himmelsreichs.

Als Argument müssen einmal mehr die Arbeitsplätze herhalten. Die gibt es noch, aber sie haben sich seit Jahrzehnten umgekehrt proportional zur Ausweitung der Landschaftszerstörung entwickelt. Zahlreiche Gipswerke mitsamt allen Arbeitsplätzen wurden dem Erdboden gleichgemacht, in den Steinbrüchen agieren Subunternehmer, die hier keinen Pfennig Steuern entrichten und dafür alles kurz- und kleinfahren. Auch die Gewerbesteuereinnahmen verhalten sich den Zerstörungen entgegengesetzt: Je mehr Landschaft kaputtgeht, desto weniger fließt u.a. in die Walkenrieder Gemeindekasse. Diese Dinge hat man MdB Güntzler bei seinem Besuch auf der Kutzhütte wohlweislich verschwiegen. Mir ist auch nicht bekannt, dass er seine Schritte in eine der zerstörten Landschaften gerichtet hätte. Nur wenige Meter hätte er gehen müssen – hinter dem Werk hat die nächste großflä-

chige Abholzung bereits begonnen. Das „Mehholz“ ist ein für allemal dahin – genau wie der Röseberg. Pfaffenholz und Trogstain sind auch nicht mehr zu retten – die gewünschten Erweiterungsflächen sind in den Karten bereits eingetragen.

Und beim Lärmschutz gibt es offenbar auch Ausnahmen – tagelang dröhnt das Getackere aus den Brüchen und der Krawall des Brechers über den Ort hinweg und hat schon manchen Kaufwilligen bewegen, sein Haus woanders zu erwerben. Es geht, siehe Ellrich, auch deutlich leiser. Aber das schmälert ja die Gewinne! Das, was jetzt noch geschützt ist, ist es aus gutem Grunde. Und es muss mitsamt entsprechender Pufferzonen auch weiterhin und dauerhaft geschützt bleiben. Wir dürfen nicht zulassen, dass dieses Raumordnungsprogramm in Kraft tritt!

**Michael Reinboth, Walkenried**